

STAND **STAND** grün. Nr. 44 | September 2021 2 grün. Nr. 44 | September 2021 3

Mieten deckeln, Wohnungen vergünstigen

In der Wohnbaupolitik der Stadt Bern hat sich in den letzten Jahren einiges getan: So wurde im Frühling das «Vorzeigeprojekt» Huebergass mit vergleichsweise sehr günstigen Wohnungen eröffnet und im Herbst ziehen die ersten Genossenschafter_innen im Warmbächli ein. Die Stadt hat mit dem «Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften» seit 2019 neun Liegenschaften mit 86 Wohnungen erworben und kann diese dauerhaft günstig vermieten.

Doch der Trend geht leider insgesamt immer noch in die falsche Richtung: Die Wohnungsnot hat sich dieses Jahr wieder verschärft. Zum Stichtag im Juli standen gerade mal 0.54 Prozent oder 420 Wohnungen frei. In den letzten 17 Jahren sind die Mieten in Bern um sagenhafte 21.5 Prozent gestiegen. Und die Immobilienkonzerne machen trotz Corona weiterhin hohe Gewinne.



Rahel Ruch, Co-Präsidentin GB, setzt sich für sozialen Wohnungsbau und tiefe Mieten ein.

Mietzinskontrolle gefordert

Rund 80 Prozent des Stadtberner Wohnungsbestandes wurde in den Jahren vor 1970 erbaut und wird in den nächsten Jahren sanierungsbedürftig sein. Dazu kommt, dass, um die Klimaziele zu erreichen, auch mindestens 3 % der Wohnungen jährlich energetisch saniert werden müssen. Sanierungen führen aber in fast allen Fällen zu höheren Mieten, meistens massiv über die eigentlich erlaubten Erhöhungen hinaus. Deshalb fordert das Grüne Bündnis zusammen mit SP und GFL in einer gemeinsamen Motion die Einführung einer städtischen Mietzinskontrolle. Im Rahmen des Baurechts könnte die Stadt Mietzinserhöhungen nach Sanierungen einer Bewilligungspflicht unterstellen.

Ja zur Aufstockung des Rahmenkredits

Am 26. September können wir darüber hinaus an der Urne ein klares Zeichen für mehr günstigen Wohnraum setzen. Der oben erwähnte Rahmenkredit soll um 45 Millionen aufgestockt werden, damit die öffentliche Hand mehr Wohnungen erwerben kann. So kann sie einerseits für mehr günstige Wohnungen mit Vermietungskriterien sorgen und erhält andererseits auch mehr Kontrolle auf dem Wohnungsmarkt.

Rahel Ruch, Co-Präsidentin Grünes Bündnis Bern

Abstimmungen vom 26. September 2021

- Ja zur Erhöhung des Rahmenkredits für den Erwerb von Liegenschaften
- Ja zum Gewässerraumplan:

Erlass des Gewässerraumplans und Teilrevision der Bauordnung der Stadt Bern

• Ja zur Änderung der Kantonsverfassung: Klimaschutz-Artikel

National

- Ja zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)
- Ja zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99 %-Initiative)



«Unsere Generation muss ietzt die politischen Weichen für einen griffigen Klimaschutz und für Klimagerechtigkeit stellen. Dazu gehört die Verankerung des Klimaschutzes in der Berne Kantonverfassung als zentrale staatliche Aufgabe. Der Kanton Bern und alle Gemeinden sind gefordert, alles zu tun, was in neutralität so rasch als möglich zu erreichen.»

Klimaschutz stärken – Ja zu neuem Verfassungsartikel!

Der Klimaschutz soll als Aufgabe des Kantons Bern in der Verfassung verankert werden. Ein Ja zum Klimaschutzartikel am 26. September gibt Legitimation und Schub für dringend nötige Massnahmen.

In der Berner Kantonsverfassung stehen heute 24 öffentliche Aufgaben in den Bereichen Arbeit, Bildung bis Verkehr und Wohnen. Neu soll der Klimaschutz zur 25sten staatlichen Aufgabe werden. Der Kanton und die Gemeinden werden damit verpflichtet, mit aktivem Klimaschutz die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Die Massnahmen sollen insgesamt die Volkswirtschaft stärken und sie müssen umwelt- und sozialverträglich sein. Zudem werden Kanton und Gemeinden verpflichtet, die öffentlichen Finanzflüsse auf eine klimaneutrale Entwicklung auszurichten.

Diese Forderung für den Verfassungsartikel hat der GRÜNE Bruno Vanoni nach dem Hitzesommer 2018 im Grossen Rat eingebracht. Drei Jahre später - nach dem Hochwassersommer 2021 - kommt die

Verfassungsergänzung nun zur Abstimmung. Im Grossen Rat fand der Antrag über 60 % Zustimmung von Grossrät_innen aus sechs Fraktionen.

Extreme Witterungsereignisse nehmen zu, die Folgen für Mensch und Umwelt sind immer mehr spürbar. Die Dekarbonisierung, aber auch Anpassungsmassnahmen sind in fast allen gesellschaftlichen Bereichen notwendig, so beim Bauen, in der Mobilität, in der Wirtschaft und Landwirtschaft, aber auch im Gesundheitsbereich. Der Klimaschutzartikel ist ein klarer Auftrag, um jetzt konkret etwas zu tun. Wir GRÜNEN zeigen griffige Massnahmen auf, die Klimaschutz und Klimagerechtigkeit verbinden: mit der Solar-Initiative, einem neuen Energiegesetz, einem Strassenausbau-Moratorium und der Förderung der Biodiversität.

Natalie Imboden, Grossrätin, Präsidentin GRÜNE

Mir persönlich ist die Ehe als sympathisch - zu viel patriarchale Tradition, zu viel romanti sche Verklärung. Doch sie bringt wesentlich mehr Rechte mit sich als eine eingetragene Part nerschaft. Der Zugang zu diesen Rechten (mit oder ohne romantische Verpackung) darf nicht abhängig sein vom Geschlecht der Person, die man oder frau heiraten will.»

Ja, ich will!

Ja, ich will, dass alle Menschen heiraten dürfen, egal welches Geschlecht die Person hat, mit der sie ihr Leben verbringen oder eine Familie gründen wollen. Mehr gäbe es dazu eigentlich nicht zu sagen. Doch absurderweise müssen wir über diese Selbstverständlichkeit abstimmen, weil SVP und EDU das Referendum gegen die Gesetzesänderung ergriffen haben.

Es gibt keinen einzigen vernünftigen Grund, das Heiraten heterosexuellen Paaren vorzubehalten. Es hat genug Ehe für alle. Wen sie glücklich macht oder wer die Sicherheit und Rechte will, die sie mit sich bringt, soll davon profitieren können.

Die Möglichkeit, als gleichgeschlechtliches Paar seine Partnerschaft eintragen zu lassen, ist in zentralen Punkten nicht gleichwertig mit der Ehe: Lesbischen oder schwulen Paaren bleibt in einer eingetragenen Partnerschaft die erleichterte Einbürgerung vorenthalten, von der Ehepaare profitieren. Und auch die gemeinsame Elternschaft ist ihnen in den

meisten Fällen verwehrt: Möglich ist nur die Adoption des Kindes der Partnerin oder des Partners. Homosexuelle Paare dürfen aber nicht gemeinsam ein Kind adoptieren und sie haben auch keinen Zugang zur Samenspende wie verheiratete Paare. Der Staat urteilt also nicht bloss darüber, welche Liebe der Ehe-Romantik würdig ist, sondern auch, wer Eltern sein darf und wer nicht.

Damit diese durch nichts zu rechtfertigende Diskriminierung endlich ein Ende hat, müssen am 26. September möglichst viele Ja sagen: Ja, wir wollen, dass alle so lieben und leben dürfen, wie es ihnen entspricht, ohne deshalb auf Familien- oder Bürger_innenrechte verzichten zu müssen.

Regula Bühlmann, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

TREFF



Sei dabei!

Save the Date

Hier findest du das Datum für unsere nächste Mitgliederversammlung: 20. Oktober 2021. Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen erhältst du über den GB-Mailverteiler und per Post. Du bist noch nicht Mitglied? Höchste Zeit, das zu ändern! Jetzt unter www.gbbern.ch als Mitglied anmelden.

GB Agenda

Das GB triffst du auch an den folgenden Veranstaltungen:

- Hallo Velo
- 5. September 2021, 13.30-15.00 Uhr
- Solidaritätslauf für Sans-Papiers
- 11. September 2021, 14.00-17.00 Uhr
- PARK(ing) Day, Herzogstrasse 2
- 17. September 2021, 15.00-19.00 Uhr
- Demo gegen die AHV21, Schützenmatte
- 18. September 2021, 13.30 Uhr
- Abstimmungssonntag
- 26. September 2021, 08.00-12.00 Uhr
- Internationale Klimademo
- 22. Oktober 2021, 13.00 Uhr

Informiert bleiben und aktiv werden

Folge uns auf Social Media Twitter: @GruenesBuendnis Facebook: @GruenesBuendnisBern Instagram: @gb.bern

Trete unserem aktiv@GB-Chat bei

Du möchtest der Whatsapp-Gruppe beitreten oder möchtest mehr darüber erfahren? Dann melde dich unter info@gbbern.ch oder 079 289 06 41

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

AG Sozialpolitik

Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch

- AG Frauenpolitik
- Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch
- AG Internationales und Migration
- Kontakt: info.internationales@gbbern.ch
- AG Bildung

Kontakt: info.bildung@gbbern.ch

AG Kommunikation

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

AG macht

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

AG Ökologie

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

AG Wohnen

Kontakt: info.wohnen@gbbern.ch

AG Finanzen

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

AG Polizei

Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Geschäftsführerin: Jelena Filipovic Grünes Bündnis Stadt Bern Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern, Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09, info@gbbern, www.gbbern.ch www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6. Merci!

Impressiim:

Redaktion:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisant innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich Abo-Preis: 20 Franken.

Andi Geu, Jelena Filipovic, Markus Heinzer, Milena Geiser Stefan Dietiker

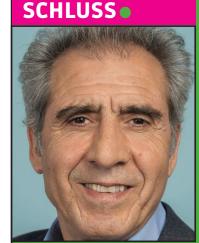
Manu Friedrich, Ben Zumbühl Lektorat:

Marius Christen, Christine Michel

Gestaltung: Fritz Bürki Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.

Redaktionsschluss grün. Nr. 45: 13. Okt. 2021



Hasim Sancar, GB-Grossrat

Volle Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene

Asylsuchende, die etwa wegen eines Bürgerkrieges in ihrer Heimat nicht zurückgeschafft werden dürfen, Bern nach Ansätzen der SKOS-Richtlinien unterstützt, das heisst wie anerkannte Flüchtlinge oder Schweizerbürger_innen. Dies ist manchen bürgerlidem für die Sozialhilfe zuständigen Regierungsrat Schnegg – bekannt für seine unermüdlichen Angriffe auf die Sozialhilfe und ebenso bekannt für seine Niederlage in der Abstimmung über deren Kürzung. Mit dem Referendum haben die GRÜNEN die Gesetzesänderung abwenden können. Auch die Kürzung der Sozialhilfe für Personen mit F+ war Gegenstand die-

ser abgelehnten Gesetzesänderung. Bereits ein Jahr nach der Abstimmung wurde Herr Schnegg – angeregt erhalten eine vorläufige Aufnahme (F-Ausweis). Nach von den Grünliberalen – mit einer Verordnungsände 7 Jahren (F+) wird diese Personengruppe im Kanton rung wieder aktiv, um die Sozialhilfe für Personen mit F+ zu kürzen. Dies ist eine neuerliche Missachtung des Volkswillens. Und überhaupt: Diese Menschen sollen nach 7 Jahren ein menschenwürdiges Leben chen Politiker_innen ein Dorn im Auge. Insbesondere führen dürfen. Nun hat eine Familie in der Stadt Bern mit Hilfe von AvenirSocial gegen diese Kürzung eine Beschwerde eingereicht und Recht bekommen. Die Stadt Bern verzichtet darauf, den Entscheid des Statthalters anzufechten. Hingegen zieht der SVP-Regierungsrat den Entscheid weiter, obwohl seine Befugnis bestritten wird. Wie immer im Namen seiner unermüdlichen Mission gegen die Sozialhilfe.